

Peru: Die Persistenz der Außenseiter

Outsiders, politische Randfiguren, die unvermutet ins Wahlszenario einbrechen, sind nicht neu in Peru. 1990 erzielte der noch wenige Monate vor den Wahlen fast unbekannte Alberto Fujimori einen überraschenden Triumph - Ausgangspunkt für eine neoliberale, autoritäre Regierung, die mit einem Korruptionsskandal endete. Für die Wahlen vom 9. April 2006 profilierten sich zunächst drei Hauptkandidaten: die mitte-rechts orientierte Lourdes Flores, der gemäßigte Valentín Paniagua und der ehemalige Präsident Alan García. Bis sechs Monate vor den Wahlen Ollanta Humala wie aus dem Nichts auftauchte und in Umfragen rasch den Spitzenplatz einnahm.

Agustín Haya de la Torre

Das Phänomen der Outsiders

Bis zum September 2005, sechs Monate vor den allgemeinen Wahlen am 9. April 2006, standen drei Kandidaten an der Spitze der Umfragen: Lourdes Flores Nano von der Rechtskoalition *Unidad Nacional*, Valentín Paniagua von

Agustín Haya de la Torre: Universitätsprofessor und Politiker. Autor verschiedener Artikel und Publikationen des Landesbüros Peru der Friedrich Ebert Stiftung, u.a. *El sistema de partidos políticos en Perú* [Das Parteiensystem in Peru].

Anmerkung: Der Text wurde Anfang Januar 2006 verfasst, als Ollanta Humala in den Umfragen zeitweise vor Lourdes Flores lag.

der *Frente de Centro* und Alan García von der sozialdemokratischen APRA (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*). Gegen Ende 2005 änderte sich jedoch alles mit der Kandidatur des Kommandanten Ollanta Humala, dem Vorsitzenden der neusten Partei, *Partido Nacionalista del Perú*. In wenigen Wochen war er auf den ersten Platz bei den Umfragen geklettert. Der von allen politischen Beobachtern bereits erwartete *outsider* war aufgetaucht und die Wahlsituation gestaltete sich völlig neu.

Das Phänomen der politische Randfiguren, die unvermutet die Hoffnungen des Volkes auf sich ziehen, ist nicht neu. Der Wegbereiter dieser Tendenz war Ricardo Belmont, ein junger und redogewandter Medienunternehmer, der 1988 Bürgermeister von Lima wurde, nachdem er die Kandidaten der stärksten Parteien besiegt hatte. 1990, als alles darauf hinwies, dass der Schriftsteller Mario Vargas Llosa, Führer der Rechtskoalition *Frente Democrático*, sich bei den Präsidentschaftswahlen gegen seine Rivalen APRA und Vereinigte Linke (*Izquierda Unida*) durchsetzen würde, tauchte die Figur Alberto Fujimoris wie aus dem Nichts auf. Fujimori, ehemaliger Rektor der *Universidad Agraria*, veränderte die bestehende Ordnung völlig: Er trug einen klaren Sieg über Vargas Llosa davon, in Opposition gegen dessen neoliberales Programm, das er einmal an der Macht, selbst unerbittlich umsetzte.

Nach zwei Regierungsjahren verübte Fujimori mit Hilfe der Führungsspitzen der Streitkräfte einen Staatsstreich gegen sich selbst. Er löste den Kongress und die Regionalregierungen auf und brachte die Justiz und das Verfassungsgericht unter seine Kontrolle. Das geschah unter dem Vorwand, es würden eine «harte Hand» und mehr «Effizienz» im antiterroristischen Kampf gegen die Guerillaorganisation *Sendero Luminoso* (Leuchtender Pfad) benötigt. Obwohl Fujimori danach eine verfassungsgebende Versammlung einberief, weigerten sich die demokratischen Parteien daran teilzunehmen. Die Macht verblieb daraufhin in seinen Händen und ermöglichte ihm die Wiederwahl. Die Festnahme Abimael Guzmáns, Anführer von *Sendero Luminoso*, und der groß angelegte Verkauf staatlicher Unternehmen brachten ihm das Vertrauen weiterer Bevölkerungsgruppen ein, denn der stellte in großem Umfang öffentliche Mittel für sozialpolitische Maßnahmen frei.

Zur Niederlage von *Sendero Luminoso* kam das Sinken der Inflationsrate, was Fujimori 1995 einen Wahlsieg mit 64% der Stimmen ermöglichte. In seinem zweiten Mandat konnte er mit Hilfe eines korrupten, aber effektiven Machtgefüges, das vom peruanischen Geheimdienst (*Servicio de Inteligencia*

Nacional) gelenkt wurde, sein autoritäres Regime konsolidieren. Neben der formellen Machtzunahme durch die Stärkung des Präsidialsystems lag die faktische Macht beim Präsidenten und seinem nationalen Sicherheitsberater, dem ehemaligen Hauptmann Vladimiro Montesinos. Diese Konstellation wurde zu einem geheimen, jeglicher öffentlichen Überprüfbarkeit entzogenen Steuerungssystem.

Der Geheimdienst kontrollierte sogar die wichtigsten Medien. Die privaten Fernsehsender wurden einer nach dem anderen mit großen Summen aufgekauft. Fujimori fühlte sich allmächtig und veranlasste seine Parlamentsmehrheit, die von ihm selbst geschaffene Verfassung rechtsswidrig auszulegen, um

***Die demokratische
Opposition wurde
dermaßen
geschwächt, dass
die etablierten
Parteien kaum die
5%-Hürde nehmen
konnten***

sich noch einmal wiederwählen zu lassen. Vor diesem Hintergrund wurde die demokratische Opposition dermaßen geschwächt, dass die etablierten Parteien kaum die 5%-Hürde als Voraussetzung für ihre Einschreibung ins Parteienregister nehmen konnten. Die Vereinigte Linke, eine der vier wichtigsten Kräfte des vorangegangenen Jahrzehnts, löste sich 1995 auf. Um einigermaßen politisch handlungsfähig zu bleiben, verbarg sich die Opposition hinter der Fassade von zivilgesellschaftlichen Organisationen, von denen einige eigens zu diesem Zweck gegründet worden waren, z.B. das *Foro Democrático*.

Weiten Bevölkerungsgruppen, die sich bis dahin passiv verhalten hatten, ging die erneute Wiederwahl Fujimoris doch zu weit, was den demokratischen Kräften neuen Schwung gab. Bei den im Jahr 2000 abgehaltenen Wahlen gab es zwei Kandidaten, die als die stärksten Rivalen gegen die autoritäre Regierung antraten: Alberto Andrade, Bürgermeister von Lima, und Luis Castañeda, ehemaliger Vorsitzender der Sozialversicherung, der von Fujimori selbst eingesetzt worden war. Sie stammten aus Altparteien, der *Partido Popular Cristiano* bzw. der *Acción Popular*. Beide hatten bereits punktuelle Bewegungen gegründet.

In den letzten drei Monaten des Wahlkampfs wurde Alejandro Toledo, der 1995 mit der von ihm gegründeten Partei *Coordinadora democrática-Perú posible* gegen Fujimori kandidiert hatte, zu einem ernst zu nehmenden Gegenkandidaten. Überraschenderweise bekam dieser Wirtschaftswissenschaftler, der der *Quechua*-Kultur entstammt, aus bäuerlichen Verhältnissen kommt und in

Stanford studiert hat, nun die Unterstützung der Bevölkerung, die ihm fünf Jahre zuvor versagt worden war. Er kam im ersten Wahlgang auf den zweiten Platz nach Fujimori, der daran zweifelte, in einer Stichwahl gewinnen zu können. Obwohl er noch immer mit starker Unterstützung rechnen konnte, war dies keine ausreichende Garantie für eine Mehrheit. Die Kontrolle des Geheimdienstes über das Wahlsystem erlaubte ihm, das Land in den Tagen nach dem ersten Wahlgang in Ungewissheit zu halten und Wahlergebnisse anzukündigen, die die 50%-Marke um nur wenige Zehntel überschritten. Letztendlich akzeptierte er eine Stichwahl, aber Alejandro Toledo warf ihm Wahlbetrug vor und entschied sich gegen eine Teilnahme.

Dies erlaubte es Fujimori, seine dritte Amtsperiode anzutreten. Wenige Wochen später deckte ein Videofilm, den man in den Geheimdienstarchiven fand, die Bestechung eines Abgeordneten der Toledo-Fraktion auf. Man hatte ihm Geld angeboten, damit er sich der Regierungsmehrheit anschließt. Der Skandal entblößte eines der bis dahin am besten gehüteten Geheimnisse: die Bestechung von Politikern, hohen Beamten und Unternehmern mit enormen Summen. All das war von Vladimiro Montesinos minutiös und wie besessen gefilmt worden. Angesichts des Skandals flohen die Beteiligten einer nach dem anderen aus dem Land, mit Hunderten von Millionen Dollar, die sie über Jahre systematisch beiseite geschafft hatten. Fujimori berief sich auf seine japanische Staatsangehörigkeit, floh nach Japan und blieb dort bis zu seiner Festnahme in Chile im November 2005.

*Präsident Toledo
ernannte den
Aufständischen
Ollanta Humala
zum Militärattaché
in Paris und Seoul*

Als Montesinos im Oktober 2000 nach Panama flüchtete, erhoben sich in Moquegua, nahe der chilenischen Grenze, zwei Offiziere, die ein kleines Armeekontingent befehligten. Das Abenteuer war militärisch unbedeutsam und die wiederhergestellte Demokratie begnadigte die Aufständischen später. Toledo, seit 2001 Präsident, ernannte einen von ihnen, Ollanta Humala, zum Militärattaché in Paris und später in Seoul.

Angesichts der Flucht Fujimoris erklärte der Kongress die Präsidentschaft für vakant und wählte Valentín Paniagua, Führer der 1956 vom zweimaligen Präsidenten Fernando Belaúnde Terry gegründeten Partei *Acción Popular*. Die Übergangsregierung ernannte ein Honoratiorenkabinett und setzte eine Frist von acht Monaten bis zu den Neuwahlen. Toledo erschien so lange als

unanfechtbarer Sieger, bis der Kongress das Rückkehrverbot für Alan García, Führer der APRA und Präsident zwischen 1985 und 1990, aufhob. Dieser war seit Fujimoris Staatsstreich im Jahr 1992 politisch verfolgt worden und hatte in Bogotá und Paris im Asyl gelebt. García trat mit einem energischen Diskurs auf, wie man ihn seit den 80er Jahren nicht mehr gehört hatte. Er kritisierte den Neoliberalismus scharf und legte ein arbeitnehmerfreundliches sozialpolitisches Programm vor. García trat im zweiten Wahlgang gegen Toledo an, verlor jedoch mit knapp vier Prozentpunkten.

Toledo, Parteichef von *Perú Posible*, führt seit 2001 sein Mandat nur unter Schwierigkeiten. Er hat es nicht gewagt, die demokratische Verfassung von 1979 wieder einzuführen und zog es vor, mit Fujimoris Verfassung von 1993 zu regieren. So blieben das neoliberale Modell

***Toledo, Parteichef
von Perú Posible,
führt seit 2001 sein
Mandat nur unter
Schwierigkeiten***

und die nur eingeschränkte demokratische Partizipation unangetastet. Wurde er auch von Korruptionsskandalen bedrängt, begünstigte ihn die weltwirtschaftliche Wachstumskonjunktur. Neben hohen Mineralstoffpreisen expandierte der Markt für neue landwirtschaftliche Erzeugnisse und Textilien, was zur Verdoppelung der Exporte und einem jährlichen Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 4% führte. Trotzdem riefen Toledos geringes Durchsetzungsvermögen als Regierungschef, seine Unfähigkeit, die Korruption einzudämmen und institutionelle Schwächen das Gefühl hervor, die Demokratie sei *per se* uneffizient.

Die Altparteien entschlossen sich, ihn bis zum Ablauf seines Mandats weiter zu unterstützen - auf Druck der USA und aus Angst, es könnte sich eine ähnliche Situation wie die beim Sturz Fujimoris wiederholen. Auch spielte die Notwendigkeit eine Rolle, neue Episoden politischer Instabilität zu vermeiden, wie sie andere Länder der Region erlebten. Zum Zeitpunkt der amtlichen Eröffnung des Wahlkampfs für den Stichtag am 9. April gab es vier Hauptkandidaten. Spitzenkandidat ist derzeit der als letzter in die Liste eingeschriebene *outsider* Ollanta Humala.

Der Humala-Clan: Nationalismus, Rassismus, Faschismus?

Ollanta Humala steht nicht allein. Sein Bruder Antauro, der wegen des Überfalls auf die Polizeiwache in Andahuaylas und der Ermordung von vier Polizisten am 1. Januar 2005 im Gefängnis sitzt, ist Abgeordnetenkandidat für die



vom ältesten Humala-Bruder Ulises geführte Partei. Ulises wirft dem Kommandanten Ollanta wegen dessen Bündnissen mit Unternehmern und traditionellen Politikern ideologische Abtrünnigkeit und Wahlopportunismus vor. Der Vater der drei, Isaac, wiederum ist der Begründer des «Ethnocacerismus», einer ideologischen Richtung, die Indigenismus mit der mythischen Beschwörung des Generals Andrés Cáceres, Held aus dem Krieg gegen Chile von 1879, verbindet. Laut Isaac Humala sind die Differenzen zwischen den beiden Brüdern darauf zurückzuführen, dass der eine an das *jus solis* und der andere an das *jus sanguinis* glaubt.

Ohne zu erröten verteidigt der Patriarch seine Vorstellung, nur jene seien Peruaner, die über einen ausreichenden Anteil «kupferhäutiger Rasse» verfügen. In seiner Zeit als kommunistischer Kämpfer entdeckte er zu Unzeiten *Mein Kampf* und proklamiert heute fasziniert, dass er der «ethnischen Untergruppe Pumatambo» angehöre. Es handelt sich dabei um den abgelegenen Heimatort seiner Familie in der Region Ayacucho. Isaac Humala erklärt jedoch nicht, welcher «ethnischen Untergruppe» seine kämpferische Ehefrau, eine Dame mit italienischem Nachnamen, oder seine «weißen» Söhne, Schwiegersöhne und -töchter zuzuordnen sind. Sie alle stammen aus Großgrundbesitzerfamilien, die von der indianischen Dienerschaft wegen ihrer feudalen Züge als «*mistis*» bezeichnet wurden.

Mit den Humalas beginnt der Rassismus als ideologischer Faktor eine Rolle in der peruanischen Politik zu spielen. Bisher war der Indigenismus immer eine von den «weißen» Eliten Limas und des andinen Südens ausgehende ideologische Strömung. Er wurde wegen des großen Anteils der Vermischung von Weißen und Indios (*mestizaje*) in der peruanischen Bevölkerung und der integrierenden Einflüsse demokratisierender Diskurse von Víctor Raúl Haya de la Torre, José Carlos Mariátegui und weiteren herausragenden Denkern ab 1920 niemals zu einem Massenphänomen.

Überraschungen sind normal bei den peruanischen Wahlen. Dieses Mal besteht sie darin, dass zwei Brüder als Präsidentschaftskandidaten und ein Dritter als Kandidat für das Parlament antreten. Der bedeutendste von ihnen ist Ollanta Humala. Auch wenn er es nicht geschafft hat, seine Partei, die *Partido Nacionalista Peruano* ordnungsgemäß ins Parteiregister einzuschreiben (er sammelte die geforderten 125 000 Unterschriften und errichtete die 65 Provinzausschüsse, aber dann war die Frist bereits abgelaufen), konnte er doch noch durch die Hintertür ans Ziel gelangen. Die rettende Lösung ergab sich nach mehr-

eren Versuchen mit der nicht uneigennützigen Aufnahme durch das Bündnis *Unión por Perú* (UPP).

Die UPP hatte 1995 den ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, als Präsidentschaftskandidaten aufstellte, der sich nach seiner Niederlage von der Partei trennte. Trotzdem ergatterte sie in den Jahren 2000 und 2001 einige Sitze im Parlament. Zur Zeit wird die UPP von einer Politikergruppe geführt, die mit dem ursprünglichen Parteiprojekt wenig zu tun hat, und ist zu einer der vielen Kräfte geworden, die zwar überleben, weil sie rechtlich zugelassen sind, aber keine Wähler anziehen können. Zu Recht wurde die Partei als «Leihmutter» bezeichnet, und das war genau das, was Ollanta Humala brauchte. Das Ende bleibt offen: die «Einladung» der momentan auf dem ersten Platz stehenden UPP an Ollanta Humala weckte die verschlafenen Mitglieder wieder auf, die nun 40% der Listenplätze fordern. Der Konflikt könnte ausbrechen, wenn das Wahlgericht (*Jurado Nacional de Elecciones*) die *Partido Nacional del Perú*, Ollantas eigentliche Partei, doch noch einschreibt.

Als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft nominierte Ollanta Humala Gonzalo García Núñez, einen heterodoxen Wirtschaftswissenschaftler und Direktor der Zentralbank (*Banco Central de Reserva*), sowie Carlos Torres Caro, einen ehemaligen Staatsanwalt, der der gemeinsamen Sache mit Montesinos verdächtigt wird. Mit der Formulierung des Regierungsprogramms ist García Núñez beauftragt, der sich in seiner Jugend in der APRA politisch engagiert hatte und in der Militärregierung von Juan Velasco Alvarado Ämter innehatte, sowie in Lima für die Vereinigte Linke im Stadtrat saß. Außer auf hohe Beamte aus der Toledo-Regierung setzt die Kandidatur auf die Unterstützung von zahlreichen Unternehmern, von denen manche jüdischer Herkunft sind. Das löste die Kritik von Ollantas Brüdern aus, die ihn der «Abtrünnigkeit» beschuldigten und ebenso die des Vaters, der an seinem Sohn zweifelte, weil er sich mit «Geächteten» umgäbe.

So kam es, dass auch Ulises Humala sich ins Abenteuer stürzte und eine politische Gruppierung fand, die bereit war, ihm Unterschlupf zu gewähren: die aus Aktivisten der ehemaligen Vereinigten Linken zusammen gesetzte *Avanza País*. Er hat einen aggressiven Wahlkampf unter dem Banner der von Antauro und seiner Anhängerschaft aus Armeereservisten propagierten «ethnocaceristischen» Linie begonnen, die 2001 in Kampfuniform in den Armenviertel um Stimmen warben.

Die demokratischen Kräfte

Die etablierten Parteien - APRA, *Popular Cristiano* und *Acción Popular* -, die im Kontext des autoritären Neoliberalismus der 90er Jahre an Bedeutung verloren hatten, sind heute wieder zu wichtigen Akteuren im politischen Leben geworden. Die APRA, eine historische Bewegung der Linken, die 1924 gegründet wurde und sich durch einen antiimperialistischen und die Einheitsfront betonenden Diskurs auszeichnet, wurde 1933 für verfassungswidrig erklärt und jahrzehntelang von den unterschiedlichen Diktaturen verfolgt. 1985 gelangte sie erstmals mit Alan García an die Macht. Obwohl der Anfang seiner Regierungszeit erfolgreich war, schwächten ihn die Schuldenkrise und die Terroranschläge von *Sendero Luminoso*.

Wie bereits erwähnt, kehrte García nach neun Jahren Exil während des Fujimori-Regimes mit dem sozialpolitischen Diskurs zurück, mit dem er 2001 die Wahlen nur knapp verloren hat. Seitdem hat die APRA ihre alte Organisationsform zurückgewonnen und wird als einzige Massenorganisation anerkannt, die diesen Namen verdient. Mit ihren Mitte-Links-Positionen nimmt sie einen vielversprechenden dritten Platz bei den Umfragen ein. Im Jahr 2002 gewann die APRA die Hälfte der 24 Regionalregierungen und die Bürgermeisterämter in mehreren Provinzhauptstädten, z.B. Trujillo, Arequipa, Iquitos, Huancayo und Ica. Ihre Strategen hoffen, die rechtsgerichtete Lourdes Flores aus dem Feld zu schlagen und sich Humala im zweiten Wahlgang zu stellen.

Die emblematische Figur der *Partido Popular Cristiano*, die in den 60er Jahren als Abspaltung der Christdemokratie entstand, war Luis Bedoya Reyes, der ehemalige Bürgermeister von Lima. Heute ist sie die wichtigste Kraft innerhalb der *Unidad Nacional*, die sich aus kleinen, aber aktiven Gruppen der Rechten zusammensetzt. Ihre Kandidatin, Lourdes Flores Nano, ist eine brillante Rechtsanwältin, die die neue christdemokratische Generation vertritt. Sie hat bereits verschiedene öffentliche Ämter bekleidet, sowohl im Stadtrat Limas als auch im Kongress. Monatlang stand sie an der Spitze der Umfragen und ist eine der Favoriten für die kommenden Wahlen. Seit der Gründung der *Unidad Nacional* konnte die PPC über ihre eigenen Reihen hinaus wachsen, die früher auf Lima und die gehobene Mittelschicht beschränkt waren. Sie stellt mehrere Bürgermeister in Armensiedlungen, die zuvor von der APRA und der Vereinigten Linken dominiert worden waren. Sie wird diskret

aber entscheidend von der katholischen Kirchenhierarchie unterstützt, was zu ihrem landesweiten Stimmenzuwachs beigetragen hat.

Das Bündnis *Frente de Centro* wird von den Parteien *Acción Popular* und *Somos Perú* des ehemaligen Bürgermeisters von Lima, Alberto Andrade, sowie der *Coordinadora Nacional de Independientes* gebildet, einer Abspaltung der *Unidad Nacional*. Seine Kraft beruht auf dem Prestige Valentín Paniaguas. Der Präsident der achtmonatigen Übergangsregierung, die die Wahlen des Jahres 2000 durchführte, wurde in Cusco geboren und ist christdemokratischer Herkunft mit eher progressiver Ausrichtung. Er war im Alter von 26 Jahren Justizminister der ersten Regierung Belaúnde Terry. Die Umfragen weisen ihm den vierten Platz zu, was auf seinen bedächtigen Charakter zurückzuführen sein könnte, aber auch darauf, dass es *Acción Popular* nicht gelang, ihre starke Basis von Anfang der 80er Jahre wieder aufzubauen. Paniagua ist auf alle Fälle einer der Hauptakteure der politischen Szene.

Aus der Vereinigten Linken sind nach ihrer Auflösung vor zehn Jahren drei Gruppen hervorgegangen: Die *Frente Amplio*, die aus den ehemaligen kommunistischen Parteien maoistischer und pro-sowjetischer Ausrichtung besteht und von Alberto Moreno angeführt wird. Die *Partido Unificado Mariateguista* hat sich in Sozialistische Partei (*Partido Socialista*) umbenannt und nominiert Javier Diez Canseco, einen anerkannten Parlamentarier mit langjährigem Engagement in der Antiimperialismus-Bewegung, im Kampf gegen die Korruption und für Menschenrechte. Die dritte Gruppierung, die aus dem alten linken Umfeld Stimmen zu gewinnen hofft, ist die *Concertación Descentralista*, selbst ein Bündnis aus zwei kleinen Bewegungen, und ihre Präsidentschaftskandidatin Susana Villarán.

Perú Posible, die von Toledo angeführte Regierungspartei, hatte nach ihrem Bruch mit der *Frente Independiente Moralizador* von Fernando Olivera ernsthafte Schwierigkeiten, einen neuen Kandidaten aufzustellen. Letztendlich nominierte sie Rafael Belaúnde Aubry.

Ein weiterer Faktor ist die Situation Fujimoris. Vor seiner Festnahme in Santiago de Chile erzielte er bei Umfragen 20% der Stimmen. Seine wirtschaftliche Macht, der Schutz der japanischen Regierung und sein Ruf, jemand zu sein, der «zwar stiehlt, aber etwas tut», ermöglichten es dem ehemaligen Regierungschef trotz seiner Flucht aus dem Amt und der Prozesse wegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen, die während seiner Regierungszeit aufgebauten

Bewegungen wieder zu aktivieren. Mit Hilfe der extremen Rechten und dem Einfluss Japans glaubte Fujimori, als japanischer Staatsbürger in Chile freundlich aufgenommen zu werden. Aber er irrte sich. Nach dem spektakulären Flug in seinem Privatflugzeug von Tokio nach Santiago wurde er in Haft genommen.

Das Wahlgericht hat seine Kandidatur wegen des vom Kongress verhängten zehnjährigen Verbots zur Ausübung politischer Ämter zurückgewiesen.

Schlussfolgerung: eine ungewisse Zukunft

Das Auftauchen des Humala-Clans mit seinen nationalistischen, rassistischen und faschistischen Argumenten und seiner massiven Unterstützung in der Bevölkerung erschwert die Wahlvorhersagen für den 9. April. Es könnte sogar zu internationalen Konflikten kommen, denn das Familienoberhaupt hat angedroht, in Chile und «bis nach Maule»¹ einzumarschieren.

Zur Zeit steht hauptsächlich zur Diskussion, wer der Opponent von Ollanta Humala bei der Stichwahl wird: *Unidad Nacional* oder APRA? Einstweilig wird Humala vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez unterstützt, obwohl er sich bisher eher wie Lucio Gutiérrez verhält. Dass er gleichzeitig Großunternehmer und Politiker mit einer lange zurückliegenden linken Vorgeschichte in seinen Listen für die Parlamentswahl hat, zwingt Humala dazu, bei der Formulierung seines wirtschaftspolitischen Programms vorsichtig zu sein. Als sicher gilt, dass der nächste Einkammerkongress mit 120 Mitgliedern in vier Fraktionen aufgeteilt sein wird: APRA, *Partido Nacionalista del Perú*, *Unidad Nacional* und *Frente de Centro*. Wahrscheinlich schwankt die parlamentarische Vertretung jeder Gruppe zwischen 10 und 25 %, wozu Anhänger Fujimoris und von *Perú Posible* kommen könnten, die die 4%-Hürde jedoch kaum nehmen werden. Unter diesen Bedingungen wird es schwierig sein, die Regierbarkeit sicherzustellen.

1. 1441 bis 1447 eroberten die Inkas das heutige Gebiet Chiles bis zum Maule-Fluss südlich von Santiago de Chile, wo sie von den einheimischen Indianerstämmen zurückgeschlagen wurden. (Anm. d. Üb.)